

Kurz & bündig

Kindergeld nur bis 25

Die Bundesregierung will Kindergeld nur noch für Kinder zum 25. Lebensjahr zahlen. Bisher besteht der Anspruch bis zum 27. Geburtstag. Die Kürzung von monatlich 154 Euro trifft Eltern von Kindern in der Ausbildung und damit noch rund 15 Prozent der Studierenden. Am Kindergeldanspruch hängen weitere Leistungen wie Waisen- und Halbwaisenrente. Unter www.fzs.de/kindergeld stellt der Freie Zusammenschluss der StudentInnenschaften (fzs) einen Flyer und Musterprotestbriefe bereit. Weitere Hintergrundinfos gibt's über www.studieren.gew.de.

Studieren wird teurer

Das Studium in Deutschland wird teurer und schwieriger, warnt das Deutsche Studentenwerk (DSW). Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Senkung der Altersgrenze beim Kindergeld bedeute ebenso eine erhebliche Belastung von Studierenden und ihren Eltern wie die Einführung von Studiengebühren oder Kürzungen bei den Studentenwerken, so DSW-Präsident Professor Dr. Hans-Dieter Rinkens.

Gebühren-Feuerwehr

Mitte Mai hat sich die 30. Landes-Delegiertenversammlung der Hessischen Jugendfeuerwehr die Einführung von Studiengebühren kategorisch abgelehnt: „Aus Sicht der Jugendverbandsarbeit der Hessischen Jugendfeuerwehr ist eine qualifizierte Bildung für alle jungen Menschen ein unverzichtbares Grundrecht, das eine Investition in die Zukunft bedeutet! Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Einführung von Studiengebühren ebenso wie die derzeit diskutierten Initiativen zur weiteren Verschlechterung der beruflichen Aus- und Fortbildung ab.“

Eliteförderung

Während sie sich Forderungen nach einer BAföG-Anpassung weiter widersetzt, stellt Bundesbildungsministerin Annette Schavan mehr Geld für die Förderung der „Leistungselite“ zur Verfügung. Die Mittel für die Hochbegabtenförderung sollen um 7,2 Millionen Euro erhöht werden. Die Vertrauensdozenten der Stipendienwerke sollen zudem „soft skills“ vermitteln, um Stipendiaten zusätzliche „Wettbewerbsvorteile“ zu verschaffen.

Starke Bündnisse gegen Studiengebühren

Die hessische CDU-Landesregierung will allgemeine Studiengebühren einführen. Der Widerstand gegen dieses Vorhaben ist immens. Nicht nur Studierende, sondern auch SchülerInnenvertretungen, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen wehren sich gemeinsam gegen den hessischen Bildungskahlschlag.

Damit hatte die Landesregierung wohl nicht gerechnet: In den vergangenen Wochen waren hessenweit wöchentlich tausende Protestierende auf den Straßen. Riesige Demonstrationen in Kassel, Gießen, Marburg, Darmstadt, Frankfurt und anderswo haben gezeigt, dass die Landesregierung ihre Pläne gegen die Betroffenen macht. Mitunter zeigt der Protest eine Schärfe, die vor Augen führt, wie sehr die hessische CDU auf deren Interessen herumtrampelt: Es wurden in einigen Städten Autobahnen besetzt, die Verkehrsinfrastruktur kam vielerorts zeitweise zum Erliegen. Betroffene VerkehrsteilnehmerInnen, die von den Demonstrierenden mit Info-Material versorgt wurden, äußerten häufig Verständnis für die Proteste. Auch Spaltungsversuche seitens der Landesregierung fruchteten nicht. Die Studierenden haben gezeigt, dass sie solidarisch gegen eine Kriminalisierung ihres Protests stehen.

Doch nicht nur in den hessischen Hochschulen, deren Senate sich ausnahmslos gegen das Studiengebührengesetz ausgesprochen haben, brodelt es. Vielerorts entstehen regionale Bündnisse aus Studierenden, SchülerInnen, Gewerkschaften und weiteren Initiativen, die gegen die Regierungspläne aktiv werden – das Motto: Studiengebühren gehen alle an! Auch auf Landesebene wird die Kooperation zwischen Studierenden und anderen gesellschaftlichen Gruppen intensiviert.

Vorläufige Höhepunkte der hessischen Proteste werden die zentrale Demonstration gegen Studiengebühren und die katastrophale hessische Schulpolitik am 28. Juni in Wiesbaden, sowie zwei bundesweite Demonstrationen gegen Studien-

gebühren am 6. Juli in Hamburg und Frankfurt am Main sein. Danach gilt es, den Protest weiter zu verbreitern und einen langen Atem zu beweisen, um auch während und nach der vorlesungsfreien Zeit schlagkräftig den Gebührenplänen der hessischen CDU entgegenzutreten zu können.

Alexander Wagner



Ein starkes Bündnis gegen Studiengebühren und "Unterrichtsgarantie plus": GEW Hessen, Landeschülervertretung, Landes-ASten-Konferenz und das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren rufen gemeinsam zur zentralen Demonstration am 28. Juni in Wiesbaden auf! Mehr Infos unter www.gew-hessen.de

Alternative zu Studiengebühren: Vermögenssteuer wieder einführen

Warum ist kein Geld in den öffentlichen Kassen? Und was ist zu tun, um Schulen und Hochschulen in Hessen besser auszustatten? Diese Fragen treiben Kai Eicker-Wolf, den Steuerexperten des DGB Hessen-Thüringen, schon lange um. Für die GEW-Hochschulzeitung beschreibt er Alternativen zu Studiengebühren.

Die hessische Landesregierung will vom Wintersemester 2007/08 an Studiengebühren erheben. Sie stellt den hessischen Hochschulen insgesamt rund 125 Millionen Euro an zusätzlichen



Hochschulzugang bald nur noch gegen Geld? Die Studie des DGB zeigt, dass Studiengebühren auch aus haushaltspolitischen Gründen nicht notwendig sind.

Einnahmen in Aussicht. Den Hochschulverwaltungen mögen die zusätzlichen Einnahmen verlockend erscheinen. Universitäten und Fachhochschulen sind sowohl in Bezug auf die sachliche als auch in Hinblick auf die personelle Ausstattung vollkommen überlaufen. In den kommenden Jahren werden zudem geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen, und die Politik will erklärtermaßen die Zahl der Studierenden pro Jahrgang steigern.

Trotzdem gibt es keinen vernünftigen Grund, Studiengebühren einzuführen. Studiengebühren werden dazu führen, dass viele Schulabgängerinnen und -abgänger von der Aufnahme eines Studiums abgehalten werden. Dies wird insbesondere für die so genannten bildungsfernen Schichten gelten, deren Anteil an der Studierenden sowieso schon seit mehr als 20 Jahren sinkt.

Hinzu kommt, dass die schlechte Finanzlage von Bund und Ländern hausgemacht ist. Allein die Steuerreform aus dem Jahr 2000 der rot-grünen Bundesregierung hat den öffentlichen Haushalten über 50 Milliarden Euro jährliche Mindereinnahmen beschert – Geld, das für dringend notwendige Ausgaben gerade im Bildungsbereich fehlt. Profitiert von den Steuerenkun-

gen haben vor allem reiche Haushalte und Unternehmen – beispielsweise zahlt eine Einkommensmillionärin dank der Senkung des Spitzensteuersatzes im laufenden Jahr 90.000 Euro weniger Steuern als noch im Jahr 2000.

Um die Finanzkraft der öffentlichen Hand zu stärken, muss die Steuerpolitik zum Prinzip der Leistungsfähigkeit zurückkehren. Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, deren Aufkommen den Ländern zufließt, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Vermögenssteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Das Bundesverfassungsgericht hatte seinerzeit bemängelt, dass Grund- und Geldvermögen unterschiedlich bewertet wurden. Entgegen einer weit verbreiteten Auffassung ist die Erhebung der Vermögenssteuer aber nicht per se verfassungswidrig.

Zulässig wäre – unter Beachtung des Verfassungsgerichtsurteils – z.B. eine Vermögenssteuer mit einem Steuersatz in Höhe von 1 Prozent und einem Freibetrag von 500.000 Euro. Das heißt, erst dann, wenn das Vermögen 500.000 Euro übersteigt, wird der Teil des Vermögens der Besteuerung unterworfen, der über dem Freibetrag liegt. Den Bundesländern brächte

eine so ausgestaltete Vermögenssteuer ungefähr 15 Milliarden Euro an Mehreinnahmen. Allein Hessen würde fast 1,2 Milliarden Euro erhalten. Von der Vermögenssteuer wären übrigens hauptsächlich jene drei Prozent aller Haushalt betroffenen, die über ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 5.000 Euro verfügen, denn nur diese überschreiten mit ihrem Vermögen im Durchschnitt den Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro. Häufig wird gegen die Vermögenssteuer eingewandt, dass die Erhebungskosten dieser Steuer unverhältnismäßig hoch seien. Auch dieses Argument zieht nicht, da die Erhebungskosten erfahrungsgemäß bei 5 bis 6 Prozent liegen.

Fazit: Eine bessere Ausstattung der Hochschulen ist dringend geboten. Abzulehnen ist aber eine Finanzierung durch Studiengebühren, da so die Studierenden letztlich die steuerpolitischen Geschenke für Unternehmen und reiche Haushalte zahlen sollen.

Kai Eicker-Wolf

••• Die DGB-Studie "Beurteilung der Perspektiven einer Vermögensbesteuerung in Hessen" berechnet u.a. das Aufkommen und den Beschäftigungseffekt einer Vermögenssteuer. Sie ist über www.dgb-hessen.de abzurufen.

MENÜ Á LA KOCH - WÄHLEN SIE JETZT...

Nicht-EU-Ausländer ohne deutsche Hochschulzugangsberechtigung zahlen in der Regel unabhängig von ihrem Studiengang den Preis für treue Kunden.

*Alle Preise zuzüglich Verwaltungskostenbeitrag, Semesterbeitrag und Lebenshaltungskosten. Auch Prüfungsgebühren und Kosten für Lernmittel fallen zusätzlich an.

**Nutzen Sie die bequeme Ratenzahlung: Sie waren zu Beginn Ihres Studiums unter 35 Jahre alt, Sie sind Deutsche(r) oder haben eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung und sie studieren innerhalb der Regelstudienzeit + vier im Erststudium oder in der Regelstudienzeit des konsekutiven Masters? Dann studieren Sie jetzt, zahlen Sie später! Rückzahlung spätestens zwei Jahre nach Exmatrikulation in Hessen in günstigen Raten von 50 bis 150 Euro. Nur bis zu 7,5 Prozent Zinsen. Sie verdienen dann unter 1000 Euro? Kein Problem, zahlen Sie später weitere Zinsen. Sie haben noch ein Studienguthaben oder Restguthaben nach dem Studienguthabengesetz aus dem Jahr 2003? Vergessen Sie's! Sie zahlen trotzdem.

*** Die genauen Gebühren für treue Kunden und die Bedingungen für Gratis-Semester erfragen Sie bitte an Ihrer Hochschule.

**** Mit Ihrer Zahlung entlasten Sie direkt die Staatskasse.

"Schuldenlast schreckt ab"

Die Proteste der Studierenden haben die Debatte um Studiengebühren in die Medien getragen. Ein Streitgespräch zwischen der hochschulpolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Eva Kühne-Hörmann, und dem Kasseler Studenten Mathias Lomb erschien am 5. Juni in der Zeitung HNA. Mathias Lomb ist u.a. stellvertretender Vorsitzender des GEW-Regionalverbandes Hochschule und Forschung Nordhessen. Das komplette Interview ist zu finden auf www.hna.de/uni.html.

Können sich denn Studenten aus wirtschaftlich schwächeren Familien überhaupt Studiengebühren leisten?

KÜHNE-HÖRMANN: Damit auch Menschen aus sozial schwächeren Familien den Zugang zur Hochschule bekommen, bekommt jeder einen Kredit für das Studium, ohne Bonitätsprüfung. Wenn aber die Hochschulen so ineffizient bleiben, wie sie jetzt sind, dann ist das Studium unter dem Strich viel teurer als mit der Studiengebühr, weil sich die Studiendauer erhöht und der Lebensunterhalt pro Semester bezahlt werden muss.

Aber wer Studiengebühren zahlt, muss mehr arbeiten - dadurch verlängert sich die Studienzzeit.

KÜHNE-HÖRMANN: Das stimmt nicht. Die Studienbeiträge müssen nicht gleich bezahlt werden. Wer bereits seinen Lebensunterhalt selbst bestreitet, kann einen Kredit bei der KfW-Bank aufnehmen. Frühestens zwei Jahre nach Ende des Studiums zahlt man diesen Kredit in kleinen Raten zurück,

wenn man einen Job hat. Es muss also niemand in der Woche zehn Stunden mehr arbeiten.

LOMB: Die Darlehen werden aber nicht aufgenommen. Diejenigen, die sich das Studium jetzt schon kaum leisten können, würden davon noch mehr abgeschreckt. Der Anteil der Studierenden aus wirtschaftlich schwachen Schichten ist jetzt schon sehr gering. Die drohende Schuldenlast wird noch mehr Leute abschrecken. Denn sicher ist es nicht, ob man nach dem Studium einen Job kriegt.

KÜHNE-HÖRMANN: Mit 500 Euro erheben wir die geringsten Studiengebühren innerhalb Europas.

LOMB: Stimmt. Aber auch England hat mal gering angefangen und liegt jetzt bei bis zu 4500 Euro im Jahr.

KÜHNE-HÖRMANN: Aber in den europäischen Ländern, die höhere Studiengebühren erheben, ist die Quote der Studierenden aus einkommensschwächeren Familien höher.



AB WINTERSEMESTER 2006/2007!

...BEZAHLEN SIE SPÄTER!***

Einstiegspreise	Semester Erststudium (Regelstudienzeit + vier)	500 Euro*
	Semester anschließendes Masterstudium (Regelstudienzeit) (Ab Wintersemester 2010/11 für bis zu sagenhaften 1500 Euro!)	500 Euro*
	Ein Extra-Semester	700 Euro*
	Jedes weitere Semester	900 Euro*
Für treue Kunden**	Semester Aufbau-Master / Zweitstudium	500 bis zu 1500 Euro*
	Semester Promotion	500 bis zu 1500 Euro*
	Ein Extra-Semester***	700 bis zu 1700 Euro*
	Jedes weitere Semester****	900 bis zu 1900 Euro*
Gratissemerster erhalten***	Studierende Eltern mit Kind unter 14 Jahren zusammen	6
	Studierende mit Behinderung oder chronischer Krankheit	Nach Gutdünken Ihrer Hochschule
	Studierende der "Leistungselite" (Maximal 5 Prozent)	Nach Gutdünken Ihrer Hochschule

LOMB: Studien in Österreich haben bewiesen, dass die Zahl der Studierenden durch die Einführung von Gebühren nicht steigt.

Herr Lomb, es gibt immer weniger Erwerbstätige, die die Kosten des Gemeinwesens tragen - ist es nicht gerecht, dass die Studenten einen Beitrag zur Bildung leisten?

LOMB: In einem sozial gerecht ausgestatteten Steuersystem tragen die besser Verdienenden stärker zum Steueraufkommen bei. Das heißt, für den Fall, dass wir im Anschluss an unser Studium einen gut bezahlten Job kriegen, werden wir uns auch viel stärker wieder an der Finanzierung der Bildung beteiligen. Und es wird nicht bei 500 Euro bleiben, das wissen wir alle.

Stimmt das?

KÜHNE-HÖRMANN: Wir beschließen jetzt 500 Euro, eine Erhöhung ist nicht vorgesehen. Was in zehn Jahren ist, weiß heute niemand.

Kurz & bündig

Campus-Office in Kassel

Mit einem Podium mit der Ex-Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn und dem Kasseler Unipräsidenten Rolf-Dieter Postlep eröffnete das gewerkschaftliche Hochschulinformationsbüro an der Uni Kassel. Die Gewerkschaften des DGB wollen damit den Kontakt zu den Studierenden ausbauen. Auch eine Hochschulgruppe aus gewerkschaftlich organisierten Studierenden hat sich gegründet.
www.studentsatwork.org/kassel

Marx-Seminar

Wäre Karl Marx für oder gegen Studiengebühren? Dieser Frage wird ein Seminar der GEW Hessen am 14.-16. Juli 2006 in Darmstadt nachgehen. Jens Wissel und Alex Wagner (beide Uni Frankfurt/M.) werden in grundlegende Kategorien der Marxschen Theorie einführen. Danach wird versucht, aktuelle Auseinandersetzungen auf dieser Grundlage zu deuten, wobei zugleich Grenzen und Defizite der Marxschen Theorie diskutiert werden. Weitere Infos:
www.wissenschaft.gew-hessen.de

"Unterrichtsgarantie plus" - Billig-Unterricht in Hessen

Die hessische Kultusministerin Karin Wolff (CDU) will Lehramtsstudierende, Eltern und Pensionäre als Unterrichtsvertretungen einstellen. Dafür will sie sogar das Schulgesetz ändern - ein bundesweit einzigartiger Vorgang, mit drastischen Konsequenzen nicht nur für Studierende.



Der neue "Stoppt Studiengebühren"-Aufkleber ist ab sofort bei der GEW Hessen kostenlos erhältlich.

Unausgebildete Lehrkräfte sollen zukünftig in Hessen auf Honorarbasis den Vertretungsunterricht übernehmen - zu Lasten der Qualität des Unterrichts und der Professionalität. Darüber hinaus werden tarifliche Standards aufgegeben und ein Lohn-dumping an den Schulen vorangetrieben. Aus diesen Gründen protestieren seit Wochen Schulleiter, Lehrer, Personalräte, Schülervertretungen und El-

tern gegen die Mogelpackung aus dem Hause Wolff.

Studierende spielen im Plan des Ministeriums eine wichtige Rolle: Sie sollen zu einem großen Teil den Vertretungsunterricht übernehmen. Manche Hochschulen überlegen, Vertretungsunterricht als Fachpraktikum anzuerkennen. Auch wenn dies auf den ersten Blick für Lehramtsstudierende attraktiv erscheinen mag, so geht es mit der „Unterrichtsgarantie plus“ im Kern auch um die zukünftigen Einstellungs-chancen und Arbeitsbedingungen der Studierenden.

Viele Referendare finden derzeit nach dem zweiten Staatsexamen keine Anstellung in den Schulen, obwohl sie dringend gebraucht werden. Diese Situation wird sich verschärfen, wenn zunehmend auf minderqualifiziertes, günstiges Personal zurückgegriffen wird. Macht den Etikettenschwindel des Kultusministeriums nicht mit, da es um eure Zukunft geht: Besteht auf betreuten Praktika und damit auf einer qualifizierten Ausbildung. Setzt Euch gemeinsam mit den anderen Betroffenen gegen die Mogelpackung und für eine ausreichende Vertretungsreserve mit qualifizierten Lehrkräften in unbefristeten, regulären Beschäftigungsverhältnissen ein!

Carmen Ludwig

Recht auf Bildung

+++ Hessenweite Demo
28. Juni 2006, 16 Uhr
++++ Wiesbaden +++
+++ Hauptbahnhof +++
Für Qualität,
Professionalität,
Gebührenfreiheit.

Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

Mitgewirkt haben: Kai Eicker-Wolf, Carmen Ludwig, Alexander Wagner (Layout), Mathias Lomb, Elina Stock und Andreas Staets.

Bilder: GEW Hessen

Druck: Druckkollektiv Gießen,
Auflage: 9.000.

V.i.S.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.

Dein Kontakt zur GEW

Willst Du Broschüren abgreifen (z.B. „Jobben und Studium“, zu Lehramt oder Hochschulpolitik), Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW-AnsprechpartnerInnen helfen gerne weiter.

Marburg

Saida Ressel, c/o GEW-Hochschulbüro, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Fax: 06421/95 23 96, Mail: saidaressel@web.de

Kassel

Sebastian Lenth, GEW Studierendengruppe c/o GEW, Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel, Tel: 0561/ 77 17 83, Mail: Sebastian.Lenth@unsere-uni.de

Frankfurt

Nora Rothauge, GEW Studierendengruppe Frankfurt c/o GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt Fax: 069/ 97 12 93 93, Mail: N.Rothauge@web.de

Gießen

Tobias Cepok, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behagel-Straße 23-27, 35394 Gießen, Fax: 0641/ 47 11 3
Mail: tobiascepok@aol.com

Kupon

Ich möchte

- Aufkleber "Stoppt Studiengebühren"
- Nashorn-Plakate gegen Studiengebühren
- Weitere Infos über die GEW-Positionen
 - zu studentischen Hilfskräften
 - zur Promotionsphase
 - zu wissenschaftlichen Beschäftigten
 - über "Jobben und Studium"
- Infos zur Studierenden-Mitgliedschaft in der GEW

Meine Anschrift:

Bitte schicken an:

GEW Büro für Hochschule und Forschung
Schwanallee 27-31
35037 Marburg
Fax: 06421 / 952396
Mail: wiss@gew-hessen.de



demokratisch
kompetent und
streitbar

